Kreiszeitung Wochenblatt Nord Heide vom 25.11.2020, Seite 24

Erweiterungsoptionen für Zimmerei und Biogasanlage

Gemeinde Halvesbostel will bestehende Betriebe im Dorf halten und Arbeitsplätze sichern

bim. Holvede. Mit zwei Flächennutzungsplan-Änderungen im Bereich der Gemeinde Halvesbostel befasste sich der Umwelt-, Bau- und Ordnungsausschuss der Samtgemeinde Hollenstedt in seiner jüngsten Sitzung.

Die Gemeinde Halvesbostel möchte einer ortsansässigen Zimmerei die Möglichkeit zur Erweiterung geben und stellt dazu gerade den Bebauungsplan „Breite Straße Zimmerei Johannsen" auf. Die frühzeitige Beteiligung von Bürgern und Behörden wurde bereits durchgeführt. Der Vorschlag sieht vor, die gewerbliche Fläche in Richtung Osten zu erweitern. Die Fläche sei deshalb so großzügig gewählt, um dem Betrieb Planungssicherheit zu geben, falls in Zukunft eine weitere Erweiterung erforderlich werde, erläuterte Stadtplaner Luis Gomes Martinho den Entwurf. Da der Betrieb hochwertige Arbeitsplätze in der Samtgemeinde schafft, sieht auch die Verwaltung ein öffentliches Interesse, die Zukunftsfähigkeit des Betriebes zu gewährleisten.

Die Fläche zwischen dieser gewerblichen Baufläche, die als Reservefläche dient, und dem bereits entlang der K16 dargestellten Dorfgebiet soll ebenfalls als „Dorfgebiet" dargestellt werden.

Halvesbostels Bürgermeister Jürgen Ravens will Arbeitsplätze sichern Foto: bim

Ruth Alpers (Grüne) bemängelte fehlende Bebauungsplanunterlagen und fand die auszuweisende Fläche für einen Gewerbebetrieb überzogen. „Ich habe den Eindruck, dass hier durch die Hintertür ein Gewerbegebiet geschaffen wird, das laut Regionalem Raumordnungs-Programm nicht gewollt ist", meinte sie. Wenn es nicht dem RROP entspreche, würde der Landkreis dem auch nicht zustimmen, entgegnete Manfred Cohrs (CDU). Bei zwei Gegenstimmen empfahl der Ausschuss den Vorentwurf des Flächennutzungsplanes und die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden.

• Ebenfalls bei zwei Gegenstimmen befürwortete der Ausschuss eine weitere Flächennutzungsplan-Änderung für Halvesbostel mit dem Ziel, ein „Sondergebiet Bioenergie" auf einer bislang landwirtschaftlichen Fläche auszuweisen. Damit sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die bestehende Biogasanlage in der Wiesenstraße zu erweitern. Geplant ist eine Erhöhung der Produktionskapazität auf über 2,3 Millionen Normkubikmeter pro Jahr, weshalb die Privilegierung entfällt. Der Rat der Gemeinde Halvesbostel hatte den Entwurf des dafür notwendigen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes bereits im Juni beschlossen. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung von Bürgern und Behörden seien „keine erheblichen Bedenken gegen die Erweiterung geäußert" worden, so die Verwaltung. Stadtplaner Luis Gomes Martinho wies darauf hin, dass es bereits ein Verkehrs- und ein Emissionsgutachten gebe. Havesbostels Bürgermeister Jürgen Ravens ergänzte: „Das Wasser wird vor Ort verrieselt. Dadurch gibt es weniger Fahrten." Die Anlage werde mit Mais, Gras und Gülle „gefüttert". Mit der Ausweisung des Sondergebietes wolle die Gemeinde die Wirtschaftlichkeit des Betriebes und Arbeitsplätze sichern.

Auch hier fehlten Grünen-Ratsfrau Ruth Alpers die Unterlagen im Vorfeld der Sitzung, um vernünftig abwägen zu können. „Der Wirtschaftsweg wird kaputt gefahren, wofür die Samtgemeinde aufkommen muss. Die Wohnbebauung ist ziemlich nah dran. Wenn das Gebiet entwickelt wird, wird es Beschwerden geben", prophezeite sie. Kay Wichmann (WGH) erklärte: „Um solche Anlagen kommen wir nicht herum, wenn wir erneuerbare Energien wollen. Ich finde es auch unglücklich, wenn ein B-Planverfahren dem F-Planverfahren vorauseilt", sagte er. Dennoch fand er die Erweiterung eines bestehenden Betriebes in Ordnung.

Mehrheitlich empfahl der Ausschuss, die Änderung des Flächennutzungsplanes und den Vorentwurf zu beschließen sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und Abstimmung mit den Nachbargemeinden durchzuführen.